

Anfragen zum Plenum in der 51. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)
--

Renate Ackermann
(GRU)

Angesichts der Tatsache, dass die Center Parcs Europe N.V. bei Dennenlohe in Mittelfranken plant, einen neuen Freizeitpark zu errichten und hierfür Investitionen von über 200 Millionen Euro vorgesehen sind und dass das Bundesland Saarland laut Presseberichten ein ähnliches Projekt mit einem Investitionsvolumen von 130 Millionen mit 20 Millionen Euro Fördergelder zu unterstützen beabsichtigt, frage ich die Staatsregierung, ob es Gespräche zwischen der Staatsregierung und der Center Parcs Europe N.V. gegeben hat oder geben wird, ob bei diesen Gesprächen die Gewährung von Fördergeldern durch den Freistaat Bayern Thema war oder sein wird und in welchem Maße die Staatsregierung bereit wäre, Fördergelder zu gewähren?

Susann Biedefeld
(SPD)

Wie bewertet die Staatsregierung den Tod von insgesamt vier Eisbären-Babys in nur einem Jahr im Tiergarten Nürnberg und dies im Zusammenhang mit der Bayerischen Verfassung, in der der Tierschutz mit den Worten "Tiere werden als Lebewesen geachtet und geschützt" verankert ist und findet der Tierschutz im Fall der Eisbärenzucht im Nürnberger Zoo den notwendigen Vollzug bzw. was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um endlich die Würde dieser Tiere zu respektieren?

Sepp Daxenberger
(GRU)

Wie kann es sein, dass die Gemeinde Rimsting ihre Bootshütte am Chiemsee abreißen lassen musste, während zugleich die nachweislich ebenso nicht genehmigte Hütte von Herrn K. stehen bleiben darf, da vom Baurecht, bzw. Bestandsschutz her gesehen in der Sache kein Unterschied besteht, beziehungsweise wurden in diesem Fall Herrn K. Privilegien eingeräumt?

Sabine Dittmar
(SPD)

Welche Konsequenzen zieht die Staatsregierung aus der festgestellten Umetikettierung von Gänsekeulen in München in Bezug auf die Verfolgung der Handelswege von Ungarn nach Bayern, die Kontrolle der vorgeschalteten Groß- und Zwischenhändler sowie der nachgeschalteten Händler bzw. Abnehmer bis in den Einzelhandel sowie mit dem Umgang mit Produkten des Produzenten "Integral" (HU43) ?

Dr. Sepp Dürr
(GRU)

Nachdem der Kapitalstock "Kulturfonds" von der Staatsregierung in mehreren Schritten in Eigenkapital der Bayerischen Landesbank umgewandelt wurde, aber keine Gewinndividenden abwerfen wird, frage ich die Staatsregierung, in welchem Umfang ein Ausgleich aus allgemeinen Haushaltsmitteln geleistet werden soll, warum die Staatsregierung diese Mittel, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, "ausschließlich für neu zu fördernde Projekte zur Verfügung" stellen will, und was dann mit den bereits laufenden Projekten geschieht, die auf eine Folgeförderung angewiesen sind?

Ulrike Gote
(GRU)

Welche Konsequenzen will die Staatsregierung aus dem Jahresbericht 2008 des Bayerischen Obersten Rechnungshofs hinsichtlich der Gerichtszahlstellen ziehen und falls an Schließungen der Gerichtszahlstellen gedacht wird, wie will sie sicherstellen, dass kurzfristige, aber notwendige Zahlungen von Rechtsanwälten, Zahlungen von kleinen Beträgen (teils Ratenzahlbeträge) und/oder Zahlungen von Bürgern und Bürgerinnen ohne eigenes Konto erfolgen können?

Harald Güller
(SPD)

Angesichts der Aussage von Herrn Ministerpräsidenten Seehofer in der Regierungserklärung vom 10. Dezember 2008: "Es gibt keine Privatisierung der kommunalen Daseinsvorsorge" und seiner Ergänzung hinsichtlich der Nachfrage, was nach seiner Auffassung alles zur kommunalen Daseinsvorsorge gehört: "Alles, was in den Kommunen abläuft", frage ich, welche Bereiche (z.B. Wasser, Strom, Krankenhaus) nach Auffassung der Staatsregierung nun exakt zur kommunalen Daseinsvorsorge zählen und wie die vom Ministerpräsidenten in der Sitzung versprochene detaillierte Aufzählung aussieht?

Eike Hallitzky
(GRU)

Nachdem Ministerpräsident Seehofer die Nebenabsprachen des Koalitionsvertrages laut SZ vom 09.12. als "Dinge des Verwaltungshandelns" bezeichnet hat und sie somit einer Anfrage zugänglich sind, frage ich, wie der Wortlaut dieser Nebenabsprache zum Koalitionsvertrag von CSU und FDP bezüglich der Nationalpark-Politik ist, welches die Beweggründe dafür sind, die bisherige Nationalpark-Politik und die dahinter stehende Grundlinie "Natur, Natur sein lassen" auf den Prüfstand zu stellen, und warum dies in einem Papier niedergelegt wurde, von dem die Staatsregierung nicht plante, dass die Öffentlichkeit über Existenz und Inhalt Kenntnis erhielt.

Ludwig Hartmann
(GRU)

Welche im Folgenden aufgeführten Konsequenzen – Kündigung des Vertrages, Einstellung der Lieferung, Reduzierung des Holzeinschlages, Akquirieren neuer Großkunden – ziehen die Bayerischen Staatsforsten aus der einstweiligen Verfügung des Österreichischen Kartellgerichts, welches eine weitere Lieferung von Sägerundholz an Klausner-Holz Bayern weit unterhalb der marktüblichen Preise fest gestellt und untersagt und welche Auswirkungen hat das Urteil auf die künftige Geschäftspolitik der Bayerischen Staatsforsten?

Christine Kamm
(GRU)

Wie viel Prozent des Nettostromverbrauchs in Bayern wurde in den Jahren 2004 bis 2007 aus den Erneuerbaren Energien (EE) – also Wasser, Wind, Photovoltaik, Biogas, Biomasse und Geothermie – erzeugt, und warum hinkt bisher die amtliche Statistik um Jahre den Tatsachen hinterher und ab wann ist beabsichtigt, dass die amtliche Statistik zukünftig nach den verschiedenen EE-Arten Wasser, Wind, Photovoltaik, Biogas, Biomasse und Geothermie differenziert?

Annette Karl
(SPD)

Vor dem Hintergrund der Einstellung der auswärtigen Sprechtag des Finanzamts Waldsassen in Erbdorf, Kemnath, Tirschenreuth, Waldershof, Krummennaab und Neusorg, frage ich die Staatsregierung, wie ist die Begründung für diese ohne angemessene zeitliche Vorwarnung und ohne Prüfung der Verhältnismäßigkeit erfolgte Maßnahme, wie ist es mit der Vorstellung von Bürgerfreundlichkeit von Behörden vereinbar, über 50 km ohne direkten öffentlichen Personennahverkehr zum Finanzamt überwinden zu müssen und sieht die Staatsregierung eine Möglichkeit, die Einstellung der auswärtigen Sprechtag rückgängig zu machen, um eine weitere Schwächung des ländlichen Raums zu verhindern?

Peter Meyer
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, ob zum Bau oder der Nachrüstung von Kleinkläranlagen (KKA) mit biologischer Reinigungsstufe gem. Bekanntmachung der Richtlinien für Zuwendungen zu Kleinkläranlagen (RZKKA) vom 09.05.2003 – der Förderzeitraum wurde bis Ende 2010 verlängert – auch für im Jahre 2009 (und ggf. 2010) zu stellende Förderanträge noch Finanzierungsmittel zur Verfügung stehen, innerhalb welcher Frist nach Bewilligung mit einer Auszahlung der Fördermittel zu rechnen ist oder ob und ggf. über welchen Zeitraum die Förderempfänger die Fördermittel selbst zwischenfinanzieren müssen?

Thomas Mütze
(GRU)

Wie hoch belief sich die Haftentschädigung für unschuldig verhaftete Menschen in Bayern pro Jahr in den letzten zehn Jahren, wann wurde diese zum letzten Mal erhöht und welche Position hat die Staatsregierung zu einer Erhöhung des Tagessatzes?

Christa Naaß
(SPD)

Ist die Ankündigung von Ministerpräsident Seehofer, der im Rahmen seiner Regierungserklärung vom 10. Dezember 2008 von einer "vielleicht letzten Chance für die Bezirksregierungen" im Zusammenhang mit dem Ausbau des Breitbandnetzes gesprochen hat, so zu verstehen, dass er im Zuge einer weiteren Verwaltungsreform die Bezirksregierungen abschaffen will bzw. einen neuen Aufgabenzuschnitt vorsieht und wie soll dieser gegebenenfalls ausschauen?

Dr. Martin Runge
(GRU)

Auf welche Höhe beziffert bzw. schätzt die Staatsregierung die Kosten, die den Gemeinden, Landkreisen und kreisfreien Städten als Sachaufwandsträger für die Organisation und Bestellung der Schülerbeförderung für den für Samstag, den 22.11.2008, von der Staatsregierung anberaumten Schulunterricht entstanden sind, beabsichtigt die Staatsregierung den Kommunen diese Zusatzkos-

ten finanziell auszugleichen und ist sich die Staatsregierung der Tatsache bewusst, dass es vielerorts aufgrund des Fehlens von Schulweghelferinnen und Schulweghelfern zu Gefährdungen der Schulkinder gekommen ist?

Maria Scharfenberg
(GRU)

Über welche Sollstärke verfügen die Polizeiinspektionen Weiden, Eschenbach, Auerbach und Parsberg sowie die Polizeistation Vilseck derzeit und wie viele dieser Stellen sind momentan unbesetzt?

Franz Schindler
(SPD)

Angesichts der drohenden Milliardenverluste bei der Bayerischen Landesbank frage ich die Staatsregierung, ob die zuständige Staatsanwaltschaft gegen jetzige und frühere Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats Ermittlungen wegen des Verdachts der Untreue oder anderer in Betracht zu ziehender Straftaten eingeleitet hat und falls ja, gegen wen und falls nein, ob die Staatsregierung die Einleitung entsprechender Ermittlungen für geboten hält?

Helga Schmitt-Bussinger
(SPD)

Welche Informationen liegen der Staatsregierung über die Vereinigung "Zentralrat Souveräner Bürger" (ZSB) vor, welche die ehemalige Gaststätte "Zum Schwan" in Schwanstetten erworben und zu ihrem Treffpunkt gemacht hat?

Tanja Schweiger
(FW)

Beabsichtigt die Staatsregierung entlang der St 2153 den Radwegbau entlang einer ca. 2 km langen Strecke zwischen Frankenberg und Gfäll, um die Gefährdungssituation für Radfahrer und Autofahrer zu beseitigen, falls ja, bis wann ist der Ausbau beabsichtigt, falls nein, wie gedenkt die Staatsregierung, die akute Gefährdungssituation in den Griff zu bekommen und welche Möglichkeiten der Einbindung dieses Streckenabschnittes in ein überörtliches Radwegenetz bestehen aus Sicht der Staatsregierung?

Adi Sprinkart
(GRU)

Gibt es eine Vorgabe des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, wonach bei der Anlassbeurteilung 2009 (KMS vom 30.10.2008) bei Lehrkräften, die die Beurteilungsstufe "Leistung, die die Anforderungen besonders gut erfüllt" gleichzeitig eine Verwendungseignung ausgestellt werden muss, und bei Lehrkräften, die die Beurteilungsstufe "Leistung, die die Anforderungen übersteigt" eine Verwendungseignung ausgestellt werden soll, wenn ja, wie verträgt sich diese Anweisung mit dem Ziel der Anlassbeurteilung, ein funktionsloses Beförderungsamt zu schaffen bzw. wird dadurch nicht die Verwendungsbeurteilung ad absurdum geführt?

Christine Stahl
(GRU)

Trifft es zu, dass von ca. 700 Gerichtsvollziehern und Gerichtsvollzieherinnen bisher ca. 180 Gerichtsvollzieher und Gerichtsvollzieherinnen nicht zu solchen ernannt worden sind, obwohl sie bis zu sechs Jahre in dem Bereich tätig sind und wie sehen die konkreten Planungen im Hinblick auf den kommenden Doppelhaushalt aus, um dieses Problem zu lösen?

- Christa Steiger**
(SPD) Beabsichtigt die Staatsregierung im kommenden Schuljahr weitere Einführungsklassen (Übertritt mit Mittlerer Reife auf das Gymnasium) in Oberfranken einzurichten, wenn ja, an welchen Schulen und gibt es dazu eine Bedarfserhebung mit welchem Ergebnis?
- Susanna Tausendfreund**
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, ob die Verbindung der Münchner S-Bahn-Linien S 7 nach Wolfratshausen und S 6 nach Kreuzstraße zu einer S-Bahn-Linie ab dem nächsten Fahrplanwechsel Ende 2009 für sinnvoll erachtet wird oder ob diese Entscheidung nochmals überdacht werden sollte, nachdem die beiden derzeit noch voneinander getrennten Linien auf den Außenästen über weite Strecken eingleisig sind, sich Verspätungen auf den beiden Ästen mangels ausreichender Ausweichmöglichkeiten gegenseitig verstärken und bereits sehr negative Erfahrungen aus der Vergangenheit vorliegen, aus der Zeit, als die beiden Linien schon einmal zu einer Linie verbunden waren und Pünktlichkeit die Ausnahme war?
- Margit Wild**
(SPD) Welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung bezüglich der Einfuhr von Dioxin-kontaminiertem Schweinefleisch aus Irland oder über andere Bundesländer (z.B. NRW, Schleswig-Holstein) nach Bayern vor und wenn ja, in welche Betriebe wurde es ausgeliefert und in welcher Weise beabsichtigt die Staatsregierung die Bevölkerung über die Ergebnisse zu informieren?
- Ludwig Wörner**
(SPD) Wie hoch sind die derzeit bekannten Verluste aus der Bankenkrise bei den angelegten Geldern, die von den Beamtinnen und Beamten in Bayern seit geraumer Zeit als Pensionsrückstellung abgeführt werden müssen?